

Klartext
**Darum muss die Vergabe-Affäre
lückenlos aufgeklärt werden**

Faktencheck
Stimmt's? DER BL-FAKTENCHECK

Aktuell
**Klausurtagung der CDU-
Landtagsfraktion auf Norderney**

Aus der Fraktion
**Ideenfrühstück mit IHK, Handwerk
und Familienunternehmern**

B

BERICHT AUS DEM LANDTAG

JUNI 2017

SOZIALE BRENNPUNKTE

ENTSCHÄRFEN

CDU LEGT GANZES MASSNAHMENBÜNDEL VOR – LANDESREGIERUNG BLEIBT KONZEPT- UND TATENLOS

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ergebnis der Kommunalwahlen im September 2016 war eindeutig: Rot-Grün hat landesweit die Mehrheit verloren. 2017 das gleiche Bild: Im Saarland wurde die CDU-Ministerpräsidentin eindrucksvoll bestätigt – Rot-Grün in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen klar abgewählt.

Die Gründe liegen auf der Hand. SPD und Grüne setzen auf Verbote, Kontrollen und Gängelung. Dringend notwendige Veränderungen, z.B. bei der Inneren Sicherheit, der Schulpolitik oder der Infrastruktur, bleiben liegen. In Niedersachsen sieht es ähnlich aus: Die Regierung Weil ist zerstritten. Die Koalitionspartner blockieren sich gegenseitig. Im Vergleich zu anderen Bundesländern fällt Niedersachsen zurück.

Die CDU macht den Wählern ein modernes Angebot. Wir wollen Niedersachsen wieder nach vorne bringen. Unser Ziel für die Bundes- und die Landtagswahl ist klar: Wir wollen in beiden Parlamenten stärkste Kraft werden. Eine Regierungsbildung ohne die CDU darf es nicht geben. Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin. Bernd Althusmann wird Ministerpräsident von Niedersachsen. Dafür werden wir in den nächsten Monaten kämpfen.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

SOZIALE BRENNPUNKTE ENTSCHÄRFEN

CDU legt ganzes Maßnahmenbündel vor – Landesregierung bleibt konzept- und tatenlos

Das Kottbusser Tor in Berlin, Duisburg-Marxloh oder die berühmten Pariser Banlieues: Geht es um soziale Brennpunkte, stehen Niedersachsens Problemviertel vergleichsweise selten im Fokus. Und doch gibt es sie, die Stadtteile, in denen Arbeitslosen- und Ausländerquote hoch, die Mieten entsprechend niedrig und die Aussichten auf Besserung gering sind. In den vergangenen Wochen hat das Thema die niedersächsische Öffentlichkeit gleich mehrfach in ganz unterschiedlichen Facetten beschäftigt:

Hannover, Mühlenberg: Ein Ausländeranteil von mehr als 50 Prozent und eine Hartz-IV-Quote, die so hoch ist, wie nirgendwo sonst in der Landeshauptstadt: Der Mühlenberg ist Hannovers ärmster Stadtteil. Vor allem die kleinsten Bewohner leiden darunter. In einer Kita im Viertel müssen Kinder und Erzieherinnen fürchten, von Müll und sogar Möbelstücken getroffen zu werden, die achtlos von den Balkonen der anliegenden Wohnungen geworfen werden. In einigen Schulen des Stadtteils herrscht, so sagen es hannoversche Bildungsexperten, „pädagogischer Notstand“: kein Ganztagsangebot, zu wenig Personal und kaum Kapazitäten für die dringend notwendige Sprachförderung.

Delmenhorst, Wollepark: Als soziales Wohnungsbauprojekt entstanden, verkam der Delmenhorster Wollepark in den 90er-Jahren zum sozialen Brennpunkt. Heute leben rund 350 Menschen in der völlig heruntergekommenen Wohnanlage. Die Eigentumsverhältnisse sind unübersichtlich, manche Eigentümer beuten die Mieter aus. Die Folge: Durch das Unterschlagen von Nebenkostenzahlungen haben sich bei den Stadtwerken rund 200.000 Euro Schulden angehäuft. Die Bewohner der Wohnblocks müssen deshalb seit Wochen ohne Gas und zum Teil auch ohne Wasser auskommen.

Salzgitter: In kaum einer anderen Stadt in Deutschland leben proportional zur Einwohnerzahl so viele syrische Flüchtlinge wie in Salzgitter – inzwischen sind es rund 3300. Insgesamt wohnen aktuell 5000 anerkannte Asylbewerber in der 100.000-Einwohner-Stadt. Für Oberbürgermeister Klingebiel sind damit die Aufnahme- und Integrationskapazitäten Salzgitters nahezu erschöpft. In einem Brandbrief an die Landesregierung fordert er Zugangsbeschränkungen sowie Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber.



Björn Thümler – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Diese Fälle machen deutlich: Unter Rot-Grün drohen ganze Wohnquartiere und Städte in Niedersachsen abgehängt zu werden. „Wenn wir Entwicklungen wie in Berlin oder Duisburg verhindern wollen, müssen wir jetzt handeln“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Das Gefühl vieler Menschen in den sozial schwächeren Stadtteilen und Wohnquartieren, von der Gesellschaft abgehängt zu sein, ist frustrierend und darf sich nicht weiter verschärfen – damit würden radikale Strömungen aller Richtungen gestärkt.“ Die CDU-Fraktion will das Problem sozialer Brennpunkte deshalb auf verschiedenen Ebenen parallel angehen und hat drei Entschließungsanträge auf den Weg gebracht:

Entschließungsantrag:
„Pädagogischer Notstand‘ in Teilen der Landeshauptstadt? Landesregierung muss Bildung für alle Kinder auch in ‚sozialen Brennpunkten‘ sicherstellen“

Sprache ist der Schlüssel zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. In diesem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Landesregierung deshalb auf, die Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sozialen Brennpunkten in Niedersachsen in den Blick zu nehmen. Neben dem Ausbau der Sprachförderung müssten ausreichend Schulsozialarbeiter sowie pädagogisches Unterstützungspersonal eingesetzt und ein landesweit tragfähiges Konzept für die Verbesserung von Bildungsangeboten in den betroffenen Stadtteilen entwickelt werden.

Fraktionschef Thümler: „Es darf nicht sein, dass ausgerechnet Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund keinen Krippen- oder Kitaplatz erhalten. Gerade sie benötigen in der Regel eine intensive Förderung, um später mit ihren Mitschülern Schritt halten zu können.“

Entschließungsantrag:
„Der soziale Wohnungsbau darf nicht zu einer Restgröße verkommen – jetzt Kurswechsel in der Wohnraumförderung einleiten“

Der Wohnungsmarkt in weiten Teilen Niedersachsens ist nach wie vor angespannt. Die Folge: steigende Mieten. „Um zu verhindern, dass Menschen mit geringem Einkommen zunehmend in sozial schwächere Stadtgebiete abgedrängt werden, muss mit staatlicher Unterstützung ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden“, sagt Thümler. Die CDU-Fraktion fordert ein breitgefächertes, vom Land finanziertes Wohnungsbauprogramm, das auch mit Zuschüssen arbeitet.

Bislang weigert sich Rot-Grün, eigene Mittel für diese originäre Landesaufgabe einzusetzen. Lediglich die vom Bund für diesen Zweck bis 2019 weiterhin zur Verfügung gestellten Kompensationsmittel in Höhe von rund 78 Millionen Euro werden dafür verwendet.

Entschließungsantrag:
„Ghettos vermeiden – Wohnsitzauflage jetzt!“

Kontinuierlich wachsende ethnischen Communities innerhalb einer Mehrheitsgesellschaft können dauerhaft zum Integrationshemmnis werden. Mit zunehmender Größe einer Community sinkt auch die Notwendigkeit für ihre Mitglieder, sich außerhalb zu bewegen. Die CDU-Fraktion will deshalb die Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ohne eigenes Einkommen in Niedersachsen durchsetzen. Die Grundlage dafür bietet das im Sommer 2016 vom Bund verabschiedete Integrationsgesetz. Andere Bundesländer machen von der Regelung bereits Gebrauch.

Thümler: „Menschlich ist es absolut nachvollziehbar, dass sich viele Flüchtlinge in der Nähe ihrer Landsleute niederlassen. Für ihre Integration in die niedersächsische Gesellschaft ist das jedoch oft hinderlich.“ Auch Ministerpräsident Weil hat sich Anfang 2016 für eine Residenzpflicht ausgesprochen. „Bislang konnte er sich damit aber nicht gegen seinen grünen Koalitionspartner durchsetzen“, so Thümler.

Stimmt's? DER BL-FAKTENCHECK ✓



Die CDU fordert, das Alter von minderjährigen Ausländern, die ohne Eltern und ohne Ausweispapiere nach Niedersachsen kommen, per Röntgenuntersuchung überprüfen zu lassen. Die SPD-Sozialministerin Rundt hält nichts davon. Wir haben ihre Begründung dem BL-Faktencheck unterzogen.

RUNDT SAGT: „DIE ALTERSFESTSTELLUNG PER RÖNTGENBILD IST NICHT PRÄZISE MÖGLICH.“

FAKT IST: Es ist umstritten, ob durch die Ermittlung des Knochen- oder Zahnalters Rückschlüsse auf das exakte Alter gezogen werden können. Einig sind sich die Experten jedoch, dass zumindest Aussagen über das Altersintervall und das wahrscheinlichste Alter möglich sind. Es kann also sehr wohl festgestellt werden, ob ein junger Mensch eher 16, 20 oder 22 Jahre alt ist. Das Röntgen liefert damit zwar keine präzisen Ergebnisse, aber immerhin einen bedeutenden Richtwert, was auch die Fachleute aus dem Sozialministerium nicht bestreiten.

RUNDT SAGT: „DAS RÖNTGEN IST EIN EINGRIFF IN DIE KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT DES FLÜCHTLINGS, DA ER UNNÖTIG EINER STRAHLENBELASTUNG AUSGESETZT WIRD.“

FAKT IST: Medizinisch nicht indiziertes Röntgen kann den Straftatbestand einer schweren Körperverletzung erfüllen – so urteilte der Bundesgerichtshof im Jahr 1997. Das macht das Röntgen aber nicht verfassungswidrigen Eingriff. Es gilt abzuwägen: Überwiegt das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Ansinnen des aufnehmenden Staates, das Alter und damit Identitätsmerkmale eines Schutzsuchenden festzustellen? Die Strahlenbelastung durch das Röntgen ist vergleichbar mit der Emission während eines Mittelstreckenfluges – die Festsetzung des Alters dürfte also den geringfügigen Eingriff rechtfertigen. Es geht immerhin um den Zugang zu Sozialleistungen, den nur Minderjährige erhalten dürfen.

RUNDT SAGT: „MITNICHTEN LÄSST SICH DAMIT GELD SPAREN, DENN IM BEDARFSFALL KOMMT DAS LAND AUCH FÜR DIE BETREUUNG UND UNTERBRINGUNG JUNGER VOLLJÄHRIGER AUF.“

FAKT IST: Minderjährige Ausländer, die ohne ihre Eltern nach Niedersachsen kommen, werden nach den Regeln des Jugendhilferechts betreut und untergebracht. Sie haben Anspruch auf eine bessere Unterkunft, umfassendere Gesundheitsleistungen und mehr pädagogische sowie finanzielle Unterstützung. Pro Jahr entstehen so Kosten von rund 60.000 Euro pro Person. Dem gegenüber steht der finanzielle Aufwand für Volljährige, die als Asylbewerber aufgenommen werden: Dieser liegt pro Jahr bei etwa 10.000 Euro – also 50.000 Euro weniger. Nur wer minderjährig nach Niedersachsen kommt, hat unter bestimmten Voraussetzungen auch als 18- bis 21-jähriger weiterhin Anspruch auf Jugendhilfeleistungen. Bereits Volljährige dürfen nicht in Obhut genommen werden.

Zum Hintergrund: Unbegleitete minderjährige Ausländer in Niedersachsen

Insgesamt leben über 5.000 minderjährige Ausländer ohne ihre Eltern in Niedersachsen. Immer wieder werden jedoch Fälle bekannt, in denen die Minderjährigkeit nur vorgetäuscht wurde. In der Tat beruht die Altersfeststellung in vier von fünf Fällen allein auf der Selbstausskunft der Schutzsuchenden – ausweisen können sich die wenigsten. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich daher dafür ein, die Minderjährigkeit mittels einer Röntgenaufnahme von Hand, Schulterbeinen oder Zähnen zu überprüfen – auch, um Mehrkosten zu vermeiden und einen fairen Umgang mit allen Schutzsuchenden zu ermöglichen. SPD und Grüne sind gegen den Vorschlag.

KLARTEXT:

DARUM MUSS DIE VERGABE-AFFÄRE LÜCKENLOS AUFGEKLÄRT WERDEN

Von Uwe Schünemann

Während Handwerk und Mittelstand Niedersachsens novelliertes Vergabegesetz als bürokratisch und unnötig kompliziert kritisierten, fiel die Bewertung der rot-grünen Landesregierung erwartungsgemäß positiv aus: „Niedersachsen behält damit ein modernes Landesvergaberecht. Die öffentliche Hand kann so beim Einkauf ihrer Vorbildfunktion weiterhin gerecht werden“, sagte Wirtschaftsminister Olaf Lies, aus dessen Haus der umstrittene Gesetzesentwurf stammte. Das war im Juli 2016.

Wenn dieser Tage die Rede vom Vergabegesetz ist, klingt das anders. Zwar kritisieren Handwerk und Mittelstand das Regelwerk noch immer als bürokratisch und unnötig kompliziert – Olaf Lies sagt aber Sätze wie: „Zum einen haben Mitarbeiter meines Hauses auf Hinweis einer großen Zeitung eine problematische E-mail gefunden. Der Pressesprecher des Wirtschaftsministeriums hatte acht Wochen vor der offiziellen Ausschreibung für das Projektmanagement für die Sieben-Städte-Tour den Entwurf des Ausschreibungstextes an denjenigen gemailt, der später die Ausschreibung für sich entschieden hatte.“ Oder: „Wie Sie den Medien entnehmen konnten, hat die Staatsanwaltschaft Hannover Ermittlungsverfahren gegen die Staatssekretärin und den Pressesprecher wegen des Anfangsverdachts im Hinblick auf wettbewerbsbeschränkte Absprachen eingeleitet.“

Die bekannt gewordenen Verfehlungen des Wirtschaftsministeriums im Zusammenhang mit Ausschreibungen sind für sich genommen höchst bedenklich. Hat doch ausgerechnet das in Niedersachsen für Vergabe zuständige Fachministerium gegen seine eigenen, bundesweit als besonders streng geltenden Regeln bei Ausschreibungen in eklatanter Weise verstoßen. Ein Pressesprecher, der offenbar allzu selbstherrlich agierte, wurde kaltgestellt. Die zuständige Staatssekretärin nach Tagen quälender Fragen und unbefriedigender Antworten entlassen. Auch sie ist in die Affäre um gefakte Ausschreibungen verwickelt und hat es mit dem Vergaberecht nicht so genau genommen.

Und so zeichnet sich das Bild einer Bananenrepublik, in der Antikorruptionsregeln, der sorgfältige Umgang mit Steuergeldern und fairer Wettbewerb ausgerechnet für

diejenigen offenbar nichts gelten, die Werte wie „Transparenz“ und „Gerechtigkeit“ gebetsmühlenartig predigen. Doch Häme ist nicht angebracht. Die Verfehlungen müssen dringend aufgeklärt werden. Denn weitaus größer als der bislang ermittelte finanzielle Schaden ist der Verlust an Reputation, der dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen, der dem Land droht. Zumal der Umgang mit der Affäre befürchten lässt: Das war es noch nicht.

Ein Wirtschaftsminister, in dessen unmittelbarem Umfeld geheime Absprachen und Vereinbarungen mit Bewerbern von Ausschreibungen getroffen werden, hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Wusste Olaf Lies tatsächlich von alldem nichts, wie er zuletzt im Landtag beteuerte – dann stellt sich die Frage, ob er sein Haus tatsächlich im Griff hat. Oder ist er als oberster Vergabehüter womöglich über die Mauseheilen im Bilde und damit Teil des nebulösen Vergabesystems? Beides wäre schlimm und unterstreicht umso mehr die von uns angekündigte Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Alles muss auf den Tisch, mögliche weitere Absprachen lückenlos aufgearbeitet werden. Denn eines ist jetzt schon klar: Auslöser der Auftragsaffäre ist nicht das strikte Vergabegesetz, sondern der erneute laxer Umgang der Landesregierung mit bestehenden Regeln und Gesetzen.



Uwe Schünemann, CDU-Landtagsabgeordneter

22. – 24. MAI 2017

KLAUSURTAGUNG DER CDU-LANDTAGSFRAKTION AUF NORDERNEY



Ab auf die Insel: Die Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion fand in diesem Jahr auf der Ostfriesischen Insel Norderney statt. Bei bestem Wetter hat sich die Insel von ihrer schönsten Seite gezeigt.



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler begrüßte die Landtagsabgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion am Montag im Conversationshaus der Insel. Der Nachmittag stand ganz im Zeichen der Ostfriesischen Inseln: Einstimmig wurde eine „Große Anfrage“ mit 95 Fragen zu Themen wie Offshore-Windparks, E-Mobilität, Naturschutz oder auch Tourismusförderung an die Landesregierung beschlossen.



Um Gestaltungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen in Sachen Wirtschaftspolitik ging es im Impulsvortrag von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. In einer abschließenden Diskussion meldete sich auch Landtagspräsident Bernd Busemann zu Wort.



„Nordseeabend“: Einen entspannten Ausklang des ersten Tages gab es auf der Marienhöhe, gutes Wetter und schöne Aussicht inklusive. Der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler ließ den Tag noch einmal Revue passieren.



Mit Elan in die kommenden 237 Tage – das war das Motto des zweiten Tages der Klausurtagung. Der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler sowie die Arbeitskreissprecher der Fraktion gaben einen Überblick über aktuelle Themen. Ulf Thiele, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, stellte das Wahlkampfkonzept für die Landtagswahlen am 14. Januar 2018 vor.



„Bildung muss spannend, innovativ und leistungsfähig sein“ – so lautete der Vortrag von Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Professor für Entwicklungspsychologie und Anthropologie an der Freien Universität Bozen. Nach der anschließenden Diskussion überreichte ihm der Fraktionsvorsitzende zum Dank ein Niedersachsenross aus Porzellan.



Mit großem Interesse verfolgten Presse- und Medienvertreter die Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion auf Norderney. Der Fraktionschef Björn Thümler und der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Dr. Bernd Althusmann stellten sich den Fragen der Journalisten.



Im Rahmen einer Pressekonferenz zum Abschluss der Klausurtagung stellte der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler die „Flop 10“ der Landesregierung vor. Im Anschluss daran präsentierte der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Dr. Bernd Althusmann sein 10-Punkte-Bildungsprogramm.



Dr. Bernd Althusmann hat das Grundsatzpapier „Besser Lernen und Niedersachsens Zukunft gestalten!“ vorgestellt. Hauptthemen des Papiers sind unter anderem die beitragsfreie Kita, eine Unterrichtsgarantie von mehr als 100 Prozent für allgemein- und berufsbildende Schulen sowie die einjährige Aussetzung bei der Inklusion.



Am Abend des zweiten Tages lud die CDU-Fraktion zu einem Empfang und Abendessen im Strandrestaurant „Weisse Düne“. Zu Gast waren unter anderem der Bürgermeister der Stadt Norderney, Frank Ulrichs, die stellvertretende Ratsvorsitzende der Stadt Norderney, Silvia Selinger-Hugen, sowie Jann Ennen, Vorsitzender der CDU Norderney.

AUS DER FRAKTION

IDEENFRÜHSTÜCK MIT IHK, HANDWERK UND FAMILIENUNTERNEHMERN



Industrie, Mittelstand und Handwerk sind das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft. Von Rot-Grün werden sie jedoch stiefmütterlich behandelt. Immer neue Gesetze erhöhen den Verwaltungsaufwand, vor allem kleine und mittlere Betriebe ächzen unter der Regelungswut, mit der SPD und Grüne das Land überziehen. Damit behindern sie die Betriebe in ihrer eigentlichen Aufgabe: dem Wirtschaften. Um den Unternehmen in dieser Situation Gehör zu verschaffen, hat sich die CDU-Fraktionsführung deshalb im Rahmen dreier Ideenfrühstücke mit Vertretern von IHK, Handwerkskammern und Familienunternehmern getroffen. Auch die Digitalisierungsstrategie von CDU-Spitzenkandidat Dr. Bernd Althusmann spielte in den Gesprächen eine wichtige Rolle.

Breitband-Offensive zwingend erforderlich

„Die digitale Entwicklung macht auch vor traditionsträchtigen Branchen wie dem Handwerk nicht Halt. Neue Informationstechnologien ermöglichen es, Arbeitsabläufe effizienter und zeitsparender zu gestalten“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Wichtig ist deshalb vor allem, die Ausbildung entsprechend neu auszurichten und den Fachkräfte-Nachwuchs auf die veränderten Anforderungen vorzubereiten.“ Doch genau hier hake es: „Die berufliche Bildung wird von der rot-grünen Landesregierung sträflich vernachlässigt. Das spüren die Betriebe jeden Tag.“ Überhaupt werde im Zusammenhang mit Digitalisierung zu wenig unternommen: „Hier bieten sich enorme Chancen für Niedersachsens Wirtschaft. Wir denken an E-Government-Systeme, mit denen Behördengänge vom Dienst-PC aus erledigt werden können. Wir denken an die Förderung von Start-ups bei Mittelstand und Handwerk sowie an eine intelligente Verkehrssteuerung, die Abgasemissionen reduziert, ohne dass die Betriebe ihren Fuhrpark kostenintensiv modernisieren müssen. Für all das brauchen wir dringend eine Breitband-Offensive. Doch diese Themen spielen für SPD und Grüne offenbar keine Rolle“, kritisiert Thümler. „Die rot-grüne Wirtschaftspolitik dreht sich nur um die Frage: Wie können wir noch mehr Auflagen machen?“

Betriebe leiden unter zähen Gerichtsverfahren

So beobachtet die Landtagsfraktion auch im Zusammenhang mit dem rot-grünen Bürokratieaufbau weitere Rückschritte bei der Wirtschaftsförderung. Hier seien in den vergangenen vier Jahren zahlreiche praxisferne Vorschriften gemacht worden, die es der Wirtschaft erschwerten und unnötig Ressourcen binden. Thümler plädiert daher für einen konsequenten Bürokratieabbau – auch im Bereich der öffentlichen Vergabe und bei Infrastrukturprojekten. „Wir sind uns einig, dass es bei wichtigen Bauvorhaben wie dem Autobahn- oder Breitbandausbau kürzere Verfahrensdauern und damit schnellere Planungssicherheit für die beteiligten Betriebe geben muss. Ein harmonisches Miteinander von Umwelt und Wirtschaft ist auch ohne jahrelangen Rechtsstreit möglich.“

Infrastrukturprojekte liegen brach

Doch nicht für alle Verzögerungen bei Bauvorhaben sind juristische Fallstricke verantwortlich. So stocken Neu- und Ausbau der für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen so wichtigen Autobahnen 20 und 39 vor allem wegen rot-grüner Gedankenspiele, die Trassenführung zu ändern oder das Neubauprojekt „Küstenautobahn“ gleich ganz einzustampfen. „Durch den Ausbau der A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg würden sich die Wege zum Hamburger Hafen jedoch erheblich verkürzen, was das Wachstum in der Region Braunschweig positiv beeinflussen würde. Gleiches gilt für die A 20, die den Nordwesten besser anbinden und so neue Arbeitsplätze schaffen könnte“, sagt der Fraktionsvorsitzende. Für einen Fortschritt könne aber nur eine CDU-geführte Landesregierung sorgen: „Rot-Grün interessiert sich nicht für die Belange der Wirtschaft.“

TERMINE

7. Juni 2017 – 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Anhörung CDU-Fraktion:

„Veränderung der Arbeitswelt – Ansprüche und Anforderungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ernst nehmen – Herausforderungen gemeinsam meistern“

10. Juni – 18. Juni 2017:

Messe: **Ideenexpo**

13. Juni – 16. Juni 2017:

Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Anjuli Walter
Marco Zacharias
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>